

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Pf., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Pf., bei Postbestellung 3 Pf. 50. (Inland) 3 Pf. 50. (Ausland) 4 Pf. 50. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelnummern 10 Pf. (Inland) 11 Pf. (Ausland). (Postgebühren eingeschlossen). Im Falle höherer Drucksatz, Kollage oder sonstiger Betriebsstörungen behält sich die Geschäftsstelle das Recht vor, die Ausgabe zu verschieben. Nachsendung erlegener Beiträge erfolgt nur, wenn diese vollständig sind.

Abdruckpreis: Die 8-spaltige Hauptzeile 20 Pf., die 6-spaltige Zeile der ersten 10 Zeilen 15 Pf., die 4-spaltige Zeile der ersten 10 Zeilen 10 Pf., die 2-spaltige Zeile der ersten 10 Zeilen 5 Pf. (Inland) 6 Pf. (Ausland). (Postgebühren eingeschlossen). Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. (Inland) 10 Pf., (Ausland) 12 Pf. (Postgebühren eingeschlossen). Durch Fernruf übermitteln können wir keine Beträge annehmen. Nach dem 1. Juli 1927 werden die Preise für den Abdruck von Anzeigen in Wilsdruff erhöht. Anzeigen in den anderen Wilsdruffer Blättern werden nicht berücksichtigt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 172. — 86. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 26. Juli 1927

Was sie von uns wollen.

Poincaré hat wieder einmal eine seiner berühmten Sonntagreden gehalten; nun, auch daran hat man sich ja in Deutschland gewöhnt wie an so manches andere. Er wird wohl so lange derartige Reden von sich geben, als er überhaupt reden kann und darf. Immerhin ist dabei erfreulich, daß er nichts weiter von uns verlangt, als daß wir uns als die Schuldigen für alle „Greuelthaten“ bekennen sollen, die uns die verwerfliche Phantasie der Entente in die Schuhe schieben möchte. Und daß wir endlich „moralisch“ abstrafen. Sozusagen ein anderes geistiges Kleid anziehen. Andere sind etwas präziser in ihren Entwaffnungsforderungen Deutschland gegenüber. Mitten in das deutsch-belgische „Zwiegespräch“, das sich an die Nebenbroqueilles und Wandervogelbesuche anknüpfte, brachte die bekannte Brüsseler Zeitung „La Nation Belge“ einen Artikel unter der Überschrift: „Das Deutschland noch nun muß, um abzurufen“, der in aller wünschenswerten Deutlichkeit sozusagen einen ergänzenden Kommentar zu den belgischen Vorwürfen bildete. Man leugnet in diesem Artikel zwar nicht, daß die Verstärkung der 34 Unterstände im Osten vollzogen ist, nimmt es aber sehr übel, daß alsbald nach dieser Feststellung die Reichsregierung durch alle ihre „Presseorgane“ habe verkünden lassen, die Entwaffnungsverpflichtungen seien erfüllt und es gäbe daher keine Gründe mehr, ihr die Räumung der besetzten Gebiete zu verweigern; sogar Herr de Broqueville zur Rede gestellt habe, weil er sich hinsichtlich der deutschen Entwaffnung nicht für voll befriedigt erklärte. Überhaupt dieses Deutschland! Aber das englische Kriegsministerium habe sämtliche Abteilungsleiter des deutschen Großen Generalstabes eingeladen („unglaublich, aber wahr!“), einen Besuch in London abzusuchen — und seitdem glaubt Deutschland, sich alles erlauben zu dürfen.

Aber gut, so fährt die „Nation Belge“ fort, daß die öffentliche Meinung ganz genau weiß, wieviel noch von Deutschland ausgedrückt werden muß, bis man erklären kann, daß die materielle Abrüstung — gar nicht zu reden von der moralischen — wirklich vollendet ist. Da ist erstens die Infraktion des Gesetzes über das Kriegsgesetz, dann weiter die Neuorganisation der deutschen Polizei, eine besonders wichtige Sache, da es sich hier darum handelt, mit Hilfe der 18 Staaten, die das Reich bilden, 135 000 tatsächliche Militärpolizisten, die rekrutiert, ausgebildet, nach zwölf Jahren entlassen werden gerade wie die Reichswehrsoldaten, umzuwandeln zu lassen in tüchtige und „harmlose“, auf Lebenszeit zu ernennende Polizeibeamte.

Weiter: die Scheitnung der rheinischen Besatzungen, die von ihrer Durchführung weit entfernt ist, da viele dieser Besatzungen erst nach dem Abmarsch der Besatzungstruppen geschleift werden. Eine unangenehme Realität des belgischen Volkes! Deutschland wäre demnach auch dann noch nicht hinsichtlich seiner Abrüstung seinen Verpflichtungen nachgekommen, wenn jene Truppen das Rheintal geräumt haben! Aber noch mehr: Zur weiteren Abrüstung gehört die Veräußerung der 1500 ehemals in Kasernen der kaiserlichen Armee, 700 davon seien vollkommen in dem früheren Zustand erhalten zum Gebrauch durch die Polizei und größere Behörden; es bleibe noch übrig, die andern 800 zu zerstören oder so umzubauen, daß sie für neue militärische Formationen unbrauchbar werden. Nun, die Reichswehr mag ja wohl in Bürgerquartieren wohnen!

Aberhaupt die Reichswehr! Da verlangt man, daß ihr Ausbildungsreglement abgeändert wird; denn das sei viel zu sehr darauf eingestellt, die Reichswehr den Gebrauch von Waffen zu lehren, die ihr verboten sind, z. B. Flugzeuge, Tanks, Infanteriegeschütze, Panzerautos, Gas, Fahrräder (?) u. dgl. Vor allem aber sollen die Lehrgänge aufhören, die in der fortgeschrittenen Auswahl der Besatzung bestimmt sind, Generalstabsoffiziere heranzubilden, und in allererster Linie müsse endlich der Große Generalstab selbst zum Verschwinden gebracht werden, der unermüdet seine Revanche-Ideen verfolgt und den die Kontrollkommission trotz ihrer siebenjährigen Bemühungen nicht habe zerstören können. Volker Entrüstung setzt das belgische Blatt hinzu, das englische Kriegsministerium habe durch jene Einladung endgültig diese unheilvolle Einrichtung anerkannt, die, wie man behaupten könne, an allem Unglück schuld sei.

Man sieht also: eine lange Wunschliste all unserer „Verstöße“ gegen die Entwaffnungsbestimmungen! Das Blatt sagt, die Verstärkung der Unterstände sei nur ein einziger Schritt zur Abrüstung des Reiches gewesen, dem noch viele andere zu folgen haben. Wir Deutsche wissen ja aus gleichfalls siebenjähriger Erfahrung, daß diese Liste immer länger wird, hinten immer neue Fortsetzungen erhält, sobald die in ihrem vorderen Teile aufgestellten Forderungen erfüllt sind.

Und dann verlangt man von uns obendrein, wir sollen „moralisch abstrafen“!

Französische Redehochst.

Außer Poincaré waren letzten Sonntag in Frankreich, wie das dort an den „Nichttagen“ jetzt so üblich ist, noch mehrere andere Staatsmänner am Reden, aktive und in-

König Ferdinands Beisetzung.

Das Leichenbegängnis des Königs von Rumänien.

Die neue Thronfolgefrage.

In Gegenwart von drei Erzbischöfen, zwölf Bischöfen und etwa hundert Priestern fand im Schlosse Cotroceni zu Bukarest das feierliche Totenamt für den verstorbenen König statt. Am Sarge traten alle Mitglieder der königlichen Familie und die Prinzen von Hohenzollern und Hohenlohe.

Nach dem Totenamt wurde der Sarg von Generälen und Adjutanten des Königs zu der Gedenkstätte getragen, auf der die Leiche unter dem Trauerfahnen von 101 Schuß und unter dem Gesänge der 400 Kirchen Bukarests durch die Straßen Bukarests geführt wurde. Dem Trauerkondukt schritt der Bürgermeister von Bukarest voraus. Ihm folgten eine Schwadron der Leibwache, die Geistlichkeit, die Kriegsmilitärs und die Fahnen sämtlicher rumänischer Regimenter. Hinter dem Sarge schritten die königliche Familie, die Mitglieder des Regimentsrates und der Regierung, das diplomatische Korps und die Vertreter des Parlamentes, General Prezan, der frühere Oberkommandierende der Armee, trug die Krone, der älteste General der Armee das königliche Szepter.

Vom Bahnhof Bukarest brachte ein Eisenbahnzug die sterbliche Überreste des Königs nach Kurtea de Arges, einer kleinen Provinzstadt am Fuße der Karpaten, die im 17. Jahrhundert die Hauptstadt der Walachei war. Auf dem Bahnhof von Kurtea hielten die Geistlichkeit, die Vertreter der städtischen Behörden sowie Ab-

geordnete von 12000 Gemeinden Aufstellung genommen. Wiederum wurde der Sarg von Generälen auf die Gedenkstätte gestellt, wiederum ertönten der Trauerfahnen von 101 Schuß und das Trauergebet der Gloden. Etwa 1000 Priester begleiteten den Zug nach dem Kloster, in dem König Ferdinand neben den Gräbern König Karls und der Königin Elisabeth (Carmen Sylva) seine letzte Ruhe finden soll.

Proklamation des Regenschaffsrates.

Nach der Befehung des Königs veröffentlichte der Regenschaffsrat eine Proklamation, in der er die Verdienste des verstorbenen Königs würdigt und die Gefühle der Dankbarkeit für die Dynastie zum Ausdruck bringt. Am Schluß der Proklamation gibt er das feierliche Versprechen, daß er dem König Michael die Möglichkeit geben wolle, über ein Land zu herrschen, das durch seinen Fortschritt die Hoffnungen der Vorfahren erfülle.

Viel erörtert wird die Tatsache, daß zurzeit Rumänien ohne Thronfolger ist. Bisher war im Lande das Gesetz der direkten Nachfolge in Kraft. Nun aber, da der Thronfolger Michael zum König proklamiert wurde, regt sich wieder die Sorge um das Kommando. Der Ministerrat soll beschließen haben, den Prinzen Nikolaus, des verstorbenen Königs jüngsten Sohn, zum Thronfolger zu ernennen. Es müßte zu diesem Zweck eine Gesetzesvorlage erdacht werden, wonach auch die Seitenlinie zur Thronfolge berechtigt wäre. Im übrigen wird nach wie vor betont, daß die über Pläne des ehemaligen Kronprinzen verbreiteten Gerüchte vollkommen falsch seien.

stliche. Die wichtigste Rede hielt in seinem Wahlkreise

Supplis der frühere Ministerpräsident Caillaux. Europa, sagte er, werde untergehen, wenn nicht endlich Bernunft einziehe, und die Bernunft werde einziehen, weil die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens der Völker des alten Kontinents von fast allen Staatsmännern proklamiert worden sei. Aber die Politik besche nicht in Worten, sondern in Taten. Es gebe keinen größeren Gewinn für ein siegreiches Volk als den moralischen, und diesen erlange der, der rechtzeitig in den Fleiß einer Nation Redenden Dornen herausziehe, die den einen schmerzen, ohne dem anderen etwas anderes einzutragen als falschen und gefährlichen Schein. Die französischen Volkswaffen hätten das Gefühl dafür, sie seien tief mit der Politik von Locarno verbunden.

Auch Herriot und Painlevé, der Unterrichtsminister und der Kriegsminister des Kabinetts Poincaré, hielten wieder Friedens- und Versöhnungsreden. Herriot in Salzk bei der Einweihung eines Gefallenendenkmals, Painlevé bei einem Turniere in Neapoli. Herriot meinte, daß man jetzt das Friedensstatut vorbereiten müsse, das eines Tages in Europa und der ganzen Welt regieren werde. Und schließlich sprach auch noch Poincaré, der bekannte sozialistische Abgeordnete, gegen den Krieg und im Geiste der Völkerverbrüderung.

Reichskanzler Marx aus dem Reichsbanner ausgetreten.

Berlin, 25. Juli. Wie die „Germania“ mitteilt, hat Reichskanzler Dr. Marx in folgendem Schreiben an den Bundesvorstand des Reichsbanners seinen Austritt aus dem Reichsbanner mitgeteilt: „Mit Rücksicht auf verschiedene Vorstände der letzten Zeit, insbesondere auf die Kundgebung des Vorstandes des Reichsbanners an den republikanischen Schahbund in Wien, die eine unerbittliche Einmischung in die politischen Verhältnisse des besetzten Oesterreich und eine schwere Herabsetzung und Beleidigung der Bundesregierung enthält, erkläre ich meinen Austritt aus dem Reichsbanner.“

Rücktritt Hörsings vom Oberpräsidium.

Reichskonferenz des Reichsbanners. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Otto Hörsing, hat bei der preussischen Regierung sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Grund soll in der Absicht Hörsings zu finden sein, sich der Leitung des Reichsbanners, dessen Bundesführer er ist, voll und ganz widmen zu können.

Ob der Rücktritt Hörsings freiwillig erfolgt ist, ist fraglich. Hörsing, der Sozialdemokrat und eine stark umkämpfte politische Persönlichkeit ist, hat bekanntlich in seiner Eigenschaft als Reichsbannerführer in einem Aufruf an das Reichsbanner zu den blutigen Vorgängen in Wien Stellung genommen, indem er die Maßnahmen der Wiener Polizei als ungeeignet bezeichnete und betonte, daß „die Hilflosigkeit der österreichischen Reitertruppen das Unheil zu einer Katastrophe habe werden

lassen“. Die Reichsregierung hat daraufhin auf diplomatischem Wege in Wien sich wegen dieser Äußerungen Hörsings entschuldigen lassen, die auch als Entlassung von der demokratischen und Zentrumspresse gefordert wurden, deren Anhänger neben den Sozialdemokraten zum Teil Mitglieder des Reichsbanners sind.

Auch Hörsing selbst hat auf der Reichskonferenz des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“, die in Waggberg tagte, den von ihm erlassenen Aufruf als unglücklich illustriert bezeichnet. Sichtlich wollte er allerdings von seinen Ausführungen nichts zurücknehmen. Auf dieser Tagung gab Hörsing dann auch seinen Rücktritt vom Oberpräsidium bekannt, um, wie er sagte, sich ganz der Führung des Reichsbanners widmen zu können, da er dann nicht mehr durch seine Eigenenschaft als Staatsbeamter in



Hörsing.

Severing.

dieser Amtsführung gehindert wird. Ihm komme es vor allem darauf an, sich frei ausdrücken zu können und zu handeln als Führer des Reichsbanners, dessen Grundgedanke niemals vergessen werden dürfen. Ein Zentrumredner und ein Demokrat sprachen dem Führer des Reichsbanners ihr Vertrauen aus und betonten, daß nimmere für ihren Führer gänzliche Elbogenfreiheit geschaffen worden sei.

Eine von der Reichskonferenz zum Schluß der Verhandlungen einstimmig angenommene Entschließung dankt Hörsing für sein mannhaftes Auftreten, das die Lebensnotwendigkeiten der Republik allen anderen voranstelle. Der Kampf des Reichsbanners gegen Monarchisten und Kommunisten werde unter Hörsings Führung noch kraftvoller und planmäßiger als bisher fortgeführt werden. Außerdem beschloß die Reichskonferenz, dem Reichspräsidenten an seinem 80. Geburtstag die Achtung und Verehrung auszusprechen, die ihm als dem auf Grund der republikanischen Verfassung berufenen Präsidenten zukommt. In einer Beteiligung an der Hindenburg-Einde soll auf die Mitglieder kein Zwang ausübt werden.